



**AKTIONEN ZUM 1. MAI 2022**

**CHANCEN UND GEFAHREN DER  
DIGITALISIERUNG  
Die Auswirkung von Technologie auf  
die Menschenrechte**



## Editorial

Im Roman „1984“ hat George Orwell eine Dystopie einer totalen Überwachung beschrieben. Seither sind einige seiner Befürchtungen Realität geworden. Wenn wir an die Entwicklungsgeschwindigkeit der IT und des Internet denken, wird uns bewusst, wie wichtig eine Kontrolle durch die Zivilgesellschaft ist, damit bei allen Vorteilen, die uns die modernen Medien wie Internet und Smartphone bieten, unsere Privatsphäre und unsere Menschenrechte beachtet werden.

Auf den folgenden Seiten finden Sie Beispiele, wie Staaten Technologie zur Überwachung einsetzen und damit Menschenrechte systematisch verletzen. Dazu gibt es einige Links zu weiterführenden Informationen.

Letztes Jahr war diese Aussendung dem Thema „Arbeitsrechte von 24h-Betreuer:innen“ gewidmet. Die dazugehörige Kampagne geht jetzt einmal in eine finale Phase. Im Juni 2022 soll die Petition, die Sie auf dieser Seite (mit QR-Code) finden, an den Gesundheitsminister übergeben werden.

Der nächste Schwerpunkt zu sozialen Rechten startet ebenfalls jetzt: Das „Recht auf Wohnen“ wird von Amnesty zum Thema gemacht. Dazu finden Sie auf der nächsten Seite einen Link zur aktuellen Petition. Bitte machen Sie auch dabei mit.

Wie jedes Jahr haben wir auf der letzten Seite 4 Fälle vorbereitet: Diesmal sind unsere Fälle dem Thema Digitalisierung und Überwachung gewidmet. Bitte unterstützen Sie auch diese Aktionen.

Wir danken für Ihren Einsatz.

*Das Team des Netzwerks Arbeit,  
Wirtschaft und soziale Rechte*

### Impressum:

Amnesty International Österreich  
Netzwerk Arbeit, Wirtschaft und soziale Rechte  
c/o Lerchenfelder Gürtel 43/4/3,  
A 1160 Wien  
E-Mail: [gewerkschafterInnen@amnesty.at](mailto:gewerkschafterInnen@amnesty.at)  
Eigene Herstellung, April 2022

© Titelbild:  
Stefanie Hilgarth/Amnesty International

## MENSCHENRECHTE IN DER DIGITALEN WELT

Die Digitalisierung der Welt schreitet rasant voran und verändert sie in einem immer schnelleren Ausmaß. Alle Bereiche unseres Lebens werden berührt, auch die Menschenrechte, z.B. das Recht auf Privatsphäre, das Recht auf Menschenwürde oder der Schutz vor Diskriminierung.

Daten sind eine entscheidende Ressource unserer Zeit. Internetgiganten haben ein Geschäftsmodell entwickelt, das auf der digitalen Erfassung des Menschen basiert. Die schiere Größe der Unternehmen macht die Tatsache, dass sie eigenhändig bestimmen können, was auf ihren Plattformen erscheinen darf und was nicht, problematisch. Im Bericht „Surveillance Giants“ zeigte Amnesty auf, wie die allgegenwärtige Überwachung von Milliarden Menschen eine Bedrohung für die Menschenrechte darstellt.

Auch im Bereich der Künstlichen Intelligenz stecken Herausforderungen für Menschenrechte. Die Einteilung von Menschen in Risikogruppen birgt die Gefahr von Diskriminierung. Ein vermeintlich objektiver Algorithmus setzt die individuelle Bewertung des Individuums außer Kraft und kann so ohnehin marginalisierte Gruppen noch weiter benachteiligen.

Aber neue Instrumente bringen nicht nur die Gefahr von Missbrauch, sondern auch eine Menge Chancen. Mithilfe digitaler Mittel ergeben sich auch neue Möglichkeiten, Menschenrechtsverletzungen aufzudecken.

Ein Beispiel: In den sozialen Medien kursieren riesige Mengen an Videos und Fotos. Einige davon können Beweise für Menschenrechtsverletzungen darstellen. Für Amnesty stellte sich die Frage: Wie können wir diese Menge an Information aus den Social Media für unsere Recherchen nutzen? Die Antwort: Gemeinsam mit Student:innen von Universitäten weltweit, arbeitet das [Amnesty Digital Verification Corps](#) (DVC) daran, Videos und Fotos auf ihren Wahrheitsgehalt und ihre Relevanz zu überprüfen. In speziellen Trainings lernen die Student:innen digitale Tools zu nutzen, um Material zu recherchieren und zu verifizieren.

Der digitale Wandel ist also nur so gut oder so schlecht, wie wir ihn regulieren und nutzen. Beispielhaft werden nun zwei Bereiche, in denen Regulierung dringend notwendig ist, genauer beschrieben.

### GEMEINSAM FÜR FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN IN DER 24H-BETREUUNG

24-Stunden-Betreuer\*innen leisten im Stillen wichtige Arbeit, auf die sehr viele von uns früher oder später angewiesen sind: Rund um die Uhr tragen sie Sorge und Verantwortung für andere Menschen, die sich nicht mehr alleine um sich selbst kümmern können. Trotz der emotional und körperlich anspruchsvollen Arbeit werden 24h-Betreuer\*innen oft **unter dem Mindestlohn bezahlt**, haben **übermäßig lange Arbeitszeiten** und erleben **Diskriminierung** und **Belästigung** am Arbeitsplatz. Ihre Rechte werden in Österreich nicht geschützt.

Amnesty International setzt sich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Betreuer:innen ein.

Helfen Sie mit und unterzeichnen Sie die Petition auf der Homepage unter

<https://www.amnesty.at/mitmachen/kampagnen/gemeinsam-fuer-faire-arbeitsbedingungen-in-der-24h-betreuung/>



## PROJEKT PEGASUS

In einem beispiellosen Leck von 50.000 Telefondaten hatten Amnesty International und „Forbidden Stories“ Zugang zu [neuen Beweisen betreffend die Spionagesoftware Pegasus](#). Diese Beweise zeigen, dass Aktivist:innen, Journalist:innen und Politiker:innen potentiell von mindestens 10 Ländern ins Visier genommen werden mit Hilfe von Pegasus, einer Spionagesoftware der Cyberüberwachungsfirma NSO Group.

Für die Untersuchung dieser riesigen Datenmenge arbeiteten 80 Journalist:innen und 17 Medien in 10 Ländern zusammen. Das Security Lab von [Amnesty Tech](#) stellte [modernste Forensik zur Verfügung, um Angriffe zu identifizieren](#).

Ist Pegasus erst einmal heimlich auf einem Handy installiert, kann es auf alle Daten zugreifen, den Standort verfolgen, alle Unterhaltungen abhören, die Handykamera einschalten und Menschen beobachten – selbst während sie schlafen. So können Journalist:innen und Aktivist:innen, die ihre Meinung öffentlich kund tun, eingeschüchtert und zum Schweigen gebracht werden.

Es konnten bspw. eindeutige Beweise gefunden werden, dass die Familie des saudi-arabischen Journalisten Jamal Khashoggi sowohl vor als auch nach dessen Ermordung mit Pegasus überwacht wurde. Die NSO Group leugnet nach wie vor, dass ihr Produkt in diesem Fall eingesetzt wurde. Ebenso weigert sich die NSO Group Maßnahmen gegen die unrechtmäßige Nutzung von Pegasus zu ergreifen.

Also müssen dringend Regierungen die Überwachungsindustrie unter Kontrolle bringen, damit Menschenrechte auch im digitalen Raum gewahrt bleiben.

## GESICHTSERKENNUNG IN ÖSTERREICH

Gesichtserkennungstechnologien sind biometrische Verfahren, die dazu dienen, Personen zu identifizieren oder zu authentifizieren. Staaten begründen das Verwenden solcher Verfahren damit, so verdächtige Personen identifizieren und überwachen zu können. Das bedeutet, dass Massenüberwachung ohne begründeten oder individuellen Verdacht vorgenommen wird. Diese Massenüberwachung zeigt auch eine abschreckende Wirkung auf die Ausübung des Rechts auf Versammlungs- und Meinungsäußerungsfreiheit.

In Österreich wurde 2020 nach einer Testphase Gesichtserkennungstechnologie stillschweigend in den Regelbetrieb übernommen, eine klare gesetzliche Grundlage dafür gibt es nicht. Konkret wird in Österreich Gesichtserkennung dazu genutzt, Bilder aus Überwachungskameras mit jenen aus Referenzdatenbanken der Sicherheitsbehörden abzugleichen – das häufigste Delikt, bei dem es zur Anwendung kommt, ist übrigens Diebstahl. Die nötigen Programme kauft das BMI bei privaten Sicherheitsfirmen. So kommt es zu der absurden Situation, dass die Funktionsweisen der Algorithmen der Gesichtserkennungstechnologien nicht einmal dem BMI bekannt sind.

Und diese fehlende Transparenz bzgl. der Funktionsweisen der Algorithmen führen zum nächsten Problem. Gesichtserkennungsprogramme haben eine hohe Fehlerquote, die oft diskriminierend wirkt und Ungleichheiten verstärkt. Einige Gesichter werden nämlich aufgrund von bestimmten Schlüsselmerkmalen wie Hautfarbe, ethnische Zugehörigkeit, Geschlecht genauer erkannt. Diese Algorithmen tragen also dazu bei, Vorurteile zu verstärken und strukturelle Ungleichheit zu verschärfen.

Aufgrund dieser Probleme wurde Gesichtserkennung in einigen Regionen/Ländern bereits verboten. Amnesty International fordert auch in Österreich ein Verbot dieser menschenrechtsverletzenden Technologie!

### WOHNEN IST (DEIN) MENSCHENRECHT

**Jeder Mensch hat das Recht auf ein menschenwürdiges Leben.** Dazu gehört auch leistbarer und sicherer Wohnraum. Doch auch in Österreich ist Wohnungs- und Obdachlosigkeit für viele Menschen Alltag.

**Fordern Sie mit uns gemeinsam, dass jeder Mensch ein menschenwürdiges Zuhause hat und unterschreibe die Petition an Sozialminister Johannes Rauch und die 9 Landeshauptleute!**

<https://action.amnesty.at/petition/wohnen>





## AKTIONEN ZUM 1. MAI

Anlässlich des Tages der Arbeit bitten wir Sie, an den Appellaktionen teilzunehmen.

### Überwachung von Menschenrechtsverteidiger:innen

Die Anzahl der digitalen Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger:innen, Journalist:innen und die Zivilgesellschaft steigt. Ihre Geräte werden gehackt, sie werden ausspioniert, zum Schweigen gebracht und eingeschüchtert. Das muss ein Ende haben!



Schluss mit der illegalen Überwachung von Menschenrechtsverteidiger:innen! Unterschreiben Sie die Petition und fordern Sie, dass:

- Regierungen Spionage-Software nicht illegal gegen Menschenrechtsverteidiger:innen und die Zivilgesellschaft einsetzt,
- Exporte von Überwachungstechnologie an Staaten, die die Technologie wahrscheinlich für Menschenrechtsverletzungen einsetzen würde, untersagen,
- alle Regierungen der Welt sich dafür einsetzen, dass der Verkauf, Transfer und Verwendung von Überwachungstechnologie vorübergehend eingestellt wird.

<https://www.amnesty.org/en/petition/targeted-surveillance-human-rights-defenders/>

### USA: Gesichtserkennung in New York

In bestimmten Stadtvierteln in New York, wie Bronx, Brooklyn oder Queens, gibt es deutlich mehr Überwachungskameras als in anderen Stadtvierteln.



Betroffene Bewohner:innen werden so häufiger durch invasive Gesichtserkennungstechnologie überwacht und infolgedessen diskriminierender Polizeiarbeit ausgesetzt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die Amnesty International mit verschiedenen Partnerorganisationen durchgeführt hat.

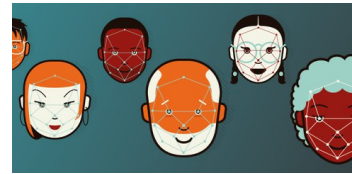
Die Studie bestätigt, dass die umfangreichen Überwachungsmaßnahmen der New Yorker Polizei (New York Police Department, NYPD) insbesondere diejenigen treffen, die ohnehin schon in allen fünf Bezirken New Yorks häufig kontrolliert werden. Diese Taktik, vor allem junge männliche Angehörige der afroamerikanischen und der Latino-Minderheit routinemäßig anzuhalten, zu befragen und zu durchsuchen – auch wenn kein dringender Tatverdacht besteht – ist unter dem Namen "Stop and Frisk" (Stoppen und Filzen) zu einem Reizwort geworden.

Amnesty International fordert ein grundsätzliches Verbot von Einsatz, Entwicklung, Produktion, Verkauf und Export von Gesichtserkennungstechnologien zum Zweck der Massenüberwachung für Staaten und den privaten Sektor.

<https://www.amnesty.org/en/petition/ban-the-scan-petition/>

### Schluss mit Gesichtserkennung

In Österreich wird Gesichtserkennungstechnologie in der Strafverfolgung eingesetzt. Das Bundeskriminalamt nutzt dabei vorhandene Überwachungskameras in Kombination mit neuer Gesichtserkennungssoftware und Datenbanken, um Personen zu identifizieren.



#### Was ist das Problem?

Zum Beispiel kann das Gefühl, überwacht zu werden, uns davon abhalten an Demonstrationen teilzunehmen oder uns zu versammeln, und so unsere Meinung zu äußern.

Außerdem ist die Technologie fehleranfällig und birgt ein hohes Risiko der Diskriminierung. Denn die Software erkennt manche Gesichter in Abhängigkeit von bestimmten Schlüsselmerkmalen wie Hautfarbe, ethnischer Zugehörigkeit oder Geschlecht genauer als andere. Und es besteht die Gefahr, dass es zu einer schrittweisen Ausweitung des Einsatzes der Gesichtserkennung kommt, was im schlimmsten Fall eine Massenüberwachung des öffentlichen Raums bedeuten würde.

Wir alle haben das Recht, uns frei im öffentlichen Raum zu bewegen. Technologie darf Menschen nicht diskriminieren, einschränken oder sogar überwachen, sondern muss dem Wohl aller Menschen dienen.

Fordern Sie jetzt ein Verbot von Gesichtserkennung in Österreich!

<https://www.amnesty.at/mitmachen/actions/schluss-mit-gesichtserkennung/>

### Gesetzesentwurf gefährdet NGOs und Menschenrechtler:innen

Am 9. November 2021 stellte der Innenminister von El Salvador einen Gesetzesentwurf vor, der „ausländischen Agenten“ die finanzielle Unterstützung von Organisationen aus dem Ausland erheblich erschwert. Aktivitäten in El Salvador, die „politische oder andere Zwecke verfolgen, die darauf abzielen, die öffentliche Ordnung zu stören, oder die die nationale Sicherheit und die soziale und politische Stabilität des Landes gefährden oder bedrohen“ werden darin untersagt. Sollte das Gesetz verabschiedet werden, würde es sich auf die Finanzierung, Tätigkeit und Vereinigungsfreiheit von Menschen auswirken, die sich im Land für den Schutz der Menschenrechte einsetzen und/oder der Regierung kritisch gegenüberstehen.



Seit Beginn der Pandemie haben Angriffe und Schikanen gegen Aktivist:innen und NGOs zugenommen. Regierungsvertreter:innen, darunter auch Präsident Bukele, haben über Social-Media Menschenrechtsorganisationen beschuldigt, Teil der politischen „Opposition“, „Tarnorganisationen“ und „Kriminelle“ zu sein und „den Tod weiterer Menschen herbeizuführen“.

Unterschreiben Sie den beiliegenden Appellbrief.